

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 2. Mai 2018

Ruhr-Konferenz

Die geplante Ruhr-Konferenz der Landesregierung stand im Mittelpunkt einer Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten. Im Anschluss debattierte das Plenum über die Zukunft des Ruhrgebiets. S. 3

Pflege

Wie kann ein selbstbestimmtes Wohnen auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit garantiert werden? Zu dieser Frage äußerten sich Sachverständige in einer Anhörung des Sozialausschusses. S. 9

Gerechte

Sie retteten unter Einsatz ihres Lebens während der Nazizeit jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger: Die „Gerechten unter den Völkern“ aus Deutschland sind Thema einer Ausstellung im Landtag. S. 12-13

Landtagsgebäude

Vor 30 Jahren wurde der Landtag am Rhein eröffnet. In der Serie zum Jubiläum berichtet der Architekt des Gebäudes, Prof. Fritz Eller, über Offenheit, Transparenz und eine runde Sache. S. 16-17

Innere Sicherheit

Landtag debattiert über Polizeigesetz

INHALT



Wenn es allein nicht mehr geht

Sachverständige äußern sich zum Wohnen

im Alter und bei Pflegebedürftigkeit S. 9

Standpunkte S. 10

Foto: Schälte

Aus dem Plenum

Zukunft Ruhr S. 3

Meldungen S. 4

Streit um Stabsstelle S. 6

Debatte über die Sicherheit ... S. 7

Gesetzgebung S. 8

Forum

Weil sie nicht

anders konnten S. 12

Aus den Fraktionen S. 14

Forum

Gebaut für die Demokratie S. 16

Föderalismus im Fokus S. 18

Im Porträt

Monika Düker (Grüne) S. 19

Kurz notiert S. 20

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 26. April 2018, 19 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de



Ministerpräsident
Armin Laschet (CDU)

PLENUM

Zukunft Ruhr

Kontroverse Debatte über Start der Ruhr-Konferenz

25. April 2018 – Im Ruhrgebiet endet eine Ära: Am 21. Dezember 2018 schließt mit Prosper-Haniel in Bottrop die letzte deutsche Zeche. Das Revier, gut 200 Jahre vom Steinkohlebergbau geprägt und mit rund 5,1 Millionen Einwohnern und einer Fläche von mehr als 4.400 Quadratkilometern der größte Ballungsraum Deutschlands, steht vor neuen Herausforderungen. Wie die Landesregierung sie meistern will, teilte sie in ihrer Unterrichtung „Gemeinsam für Aufstieg, Sicherheit und Zukunft der Arbeit – Start der Ruhr-Konferenz“ mit. Eine kontroverse Debatte schloss sich an.

„2018 ist das Jahr einer historischen Zäsur“, sagte Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU). Mit der Schließung der letzten Zechen gehe eine 200-jährige Industriegeschichte zu Ende. Die Ruhr-Konferenz gebe der Metropolregion Ruhr einen starken Impuls. Es solle einen Dialog geben mit Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft über laufende Projekte und Ideen. „Tandems“ aus Landesministern und Vertretern der Zivilgesellschaft bildeten die Schnittstellen zwischen Region und Landesregierung. Als Ziele nannte Laschet wirtschaftliche Impulse, Innere Sicherheit, Bildung und neue Arbeitsplätze durch Innovationen aus den Hochschulen.

SPD-Fraktionschef [Thomas Kutschaty](#) kritisierte die Ausführungen Laschets als „ziellos, ambitionslos und in weiten Teilen sogar inhaltsleer“. Für die Zukunft des Ruhrgebiets sei das zu wenig, es fehle eine klare Strategie. „Wir dürfen es nicht dem Zufall überlassen, ob Chancen genutzt oder liegengelassen werden.“ Nötig seien Industriepattformen, die

zu neuer Wertschöpfung, neuen Produkten und Arbeitsplätzen führten. Als Maßnahmen nannte Kutschaty einen Altschuldenfonds für Kommunen und eine Sozialstaatsreform, die insbesondere strukturschwache Kommunen entlasten solle. Zudem müsse die kommunale Daseinsvorsorge eine Gemeinschaftsaufgabe werden.

„Stärken identifizieren“

„Was der Ministerpräsident beschrieben hat, das waren endlich Lösungen für Probleme, die SPD und die Grünen in ihrer Regierungszeit nicht angepackt haben“, erwiderte CDU-Fraktionschef [Bodo Löttgen](#). Nordrhein-Westfalen stehe vor gewaltigen Herausforderungen, von denen das Ruhrgebiet besonders betroffen sei. Eine ganze Region frage sich, wie es weitergehe. Die Initiative zur Ruhr-Konferenz gebe eine Antwort. Die Landesregierung wolle mit den Menschen im Ruhrgebiet an Lösungen arbeiten, erklärte Löttgen. Aufgabe der Ruhr-Kon-

ferenz sei, Strategien zu entwickeln, Stärken zu identifizieren und existierende Ideen weiterzuentwickeln.

„Ihre Rede war eine einzige Enttäuschung für dieses Parlament und die Menschen, die im Ruhrgebiet leben“, sagte [Mehrdad Mostofizadeh](#) (Grüne) mit Blick auf den Ministerpräsidenten. „Nur mit einer konkreten Beteiligung der klugen und fleißigen Menschen im Ruhrgebiet kann überhaupt etwas entstehen“, erklärte Mostofizadeh. Er forderte die Landesregierung auf, Geld in die Hand zu nehmen. Es müsse z. B. in die Mobilität im Ruhrgebiet investiert werden, insbesondere in Fahrradwege und den Öffentlichen Nahverkehr. Auch für den sozialen Arbeitsmarkt brauche es neue Konzepte und Initiativen, die dafür sorgten, dass die Menschen in der Region blieben.

Die Schaffung neuer Perspektiven fürs Ruhrgebiet sei eine Gemeinschaftsaufgabe, sagte FDP-Fraktionschef [Christof Rasche](#). Bund, Land und Kommunen müssten sich beteiligen. Er empfahl, die Aufgabe „positiv und offen“ anzugehen. „Wir müssen mit den Menschen sprechen, nicht über sie“, sagte Rasche. Keinesfalls dürfe das Ruhrgebiet „schlechter dargestellt werden, als es ist“. Bildung sei der Schlüssel. Sämtliche Schulen und auch der Hochschulstandort müssten gestärkt werden, ebenso der Wirtschaftsstandort. Das Sicherheitsbedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner müsse ernst genommen, neuer Wohnraum geschaffen werden.

Die Landesregierung wolle bei der Konferenz offenbar Ideen sammeln, die sie selbst nicht habe, sagte [Christian Loose](#) (AfD). Mit Schwarz-Gelb komme der „wirtschaftliche Tod nur schleichender“ als unter der Vorgängerregierung. Wer mit offenen Augen durch das Ruhrgebiet laufe, brauche keine Ruhr-Konferenz. Loose sprach von „Geldverschwendung“ und „wirtschaftsfeindlicher Politik“. Um das Ruhrgebiet zu stärken, müsse die „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ beendet werden. Dies gelte auch für die „feindliche Energiepolitik“, „Experimente an unseren Schulen“ und die Subventionierung von Städten, „die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben“. *sam, ell, zab*

Fotos: Schälte



Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Christian Loose (AfD)



Mikroplastik in Gewässern

25.4.2018 – Die Fraktion der Grünen fordert ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Hygieneprodukten. Dafür solle sich die Landesregierung im Bundesrat und auf EU-Ebene einsetzen, heißt es im Antrag „Gewässerschutz voranbringen – Mikroplastik reduzieren“ ([17/2389](#)). Bei Mikroplastik handle es sich um „winzige Kunststoffpartikel, die größer als ein Mikrometer und kleiner als fünf Millimeter sind“. Sie seien u. a. in Kosmetik- und Hygieneartikeln sowie in Wasch- und Reinigungsmitteln vorhanden. Mikroplastik gelange über die Abwasserentsorgung in die Kanalisation und „mangels kompletter Filterung in den Kläranlagen in unsere Binnengewässer, Meere und Ozeane“. Dies habe Folgen für das Ökosystem in den Gewässern. Die Partikel fungierten als „Wirt für andere hoch toxische Schadstoffe“ und gelangten auch in die Nahrungskette. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Homöopathie

25.4.2018 – Die Landesregierung müsse eine Bundesratsinitiative starten, um besser über homöopathische Mittel zu informieren, fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([17/2393](#)). Darin kritisiert sie, dass vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern das homöopathische Grundprinzip der Verdünnung nicht bekannt sei. Weil es in Zeiten von Online-Apotheken weniger Beratung gebe, bedürfe es staatlicher Aufklärung. Die Landesregierung soll dem Antrag zufolge eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel, Inhaltsstoffe in der Amtssprache zu deklarieren und Verpackungshinweise auf „die fehlende pharmakologische Wirksamkeit“ vorzuschreiben. Es solle eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, mit der das Bundesinstitut für Arzneimittel diese Verpflichtungen aussprechen können soll. Außerdem solle das Institut eine Verordnung erlassen, die eine Differenzierung homöopathischer Präparate ermög-

licht und die Apothekenpflicht für Präparate aufhebt, „bei denen keine pharmakologische Wirksamkeit nachgewiesen werden kann“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Ausbau von Familienzentren

25.4.2018 – Die Landesregierung werde im Kindergartenjahr 2018/2019 bis zu 150 neue Familienzentren fördern, heißt es in einem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP an den Landtag ([17/2401](#)). Familienzentren sind mit einem Gütesiegel ausgezeichnete Kindertageseinrichtungen, in denen Eltern und Kinder u. a. Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangebote wahrnehmen können. Unter der damaligen schwarz-gelben Landesregierung sei 2006 damit begonnen worden, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren auszubauen, heißt es in dem Antrag. Die Fraktionen fordern, dass Nordrhein-Westfalen „durch die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Familienzentren wieder an seine Vorbild- und Vorreiterstellung anknüpft“. Eine im Koalitionsvertrag festgelegte Evaluation der Familienzentren sei bereits in Auftrag gegeben worden und solle dem Landtag bis zum Frühjahr 2019 vorgelegt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD.

Pensionsfonds

25.4.2018 – Wie viel Geld fließt in den kommenden Jahren aus dem Landeshaushalt in den landeseigenen Pensionsfonds? Diese Frage stellt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Zuführung zum Pensionsfonds auch in den nächsten Jahren erhalten“ ([17/2408](#)). Mit dem Fonds habe die damalige rot-grüne Landesregierung vor drei Jahren „den Grundstein für eine haushälterische Absicherung der Pensionszahlungen für die nächsten Jahrzehnte gelegt“, heißt es im Antrag. Der Fonds verfüge derzeit über ein Volumen von rund 11 Milliarden Euro; im Haushaltsjahr 2017 seien weitere 800 Millionen

zugeführt worden. Allerdings habe die Landesregierung aktuell von der gesetzlichen Möglichkeit gebraucht gemacht, sich Zuführungen auf Folgejahre anrechnen zu lassen. „Somit wird im Haushaltsjahr 2018 nicht die gesetzlich vorgeschriebene Summe von 200 Millionen in den Pensionsfonds eingezahlt, sondern 0 Euro.“ Die SPD-Fraktion fordert Klarheit darüber, ob die Landesregierung auch in den folgenden Jahren eine Anrechnung vornehmen wolle und damit eine geringere oder auch gar keine Zuführung plane. Der Antrag wurde ohne Debatte an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Beirat für niederdeutsche Sprache

25.4.2018 – Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP hat der Landtag die Gründung eines Beirats für die niederdeutsche Sprache und niederdeutsche Heimat ([17/2399](#)) beschlossen. Dieser solle dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen seiner im Rahmen der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen eingegangenen Verpflichtung zum Erhalt der niederdeutschen Sprache nachkomme. Niederdeutsch sei kein Dialekt, sondern eine eigenständige Sprache, die von rund acht Millionen Menschen gesprochen werde. Auf ehrenamtlicher Ebene setzten sich unterschiedliche Akteure für den Erhalt der Sprache ein. Im Bundesrat für Niederdeutsch/Bundesrat für Nedderdütsch, einer länderübergreifenden ehrenamtlichen Interessenvertretung, habe Nordrhein-Westfalen zwei Sitze. An den Universitäten in Münster und Paderborn werde die Sprache wissenschaftlich erforscht. Der Beirat solle zur Vernetzung aller am Erhalt des Niederdeutschen Beteiligten dienen. Praxisbeispiele aus anderen Bundesländern sollen auf ihre Übertragbarkeit auf NRW überprüft werden. Außerdem sollen bis zu fünf Modellprojekte in der frühkindlichen Bildung und im Primärbereich konzipiert und umgesetzt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen angenommen. Gegen den Antrag stimmte die SPD-Fraktion. Die AfD-Fraktion enthielt sich.



Weidetierprämie gefordert

25.4.2018 – Die Fraktion der Grünen fordert die Einführung einer Weidetierprämie. In ihrem Antrag „Schafhaltung in NRW erhalten – Weidetierprämie umsetzen!“ ([17/2391](#)) betont die Fraktion, dass seit der europäischen Agrarreform Prämien für die landwirtschaftlichen Nutzflächen, jedoch nicht für die Tierhaltung gezahlt würden. Da Schäferinnen und Schäfer oftmals die Flächen anderer Landwirte nutzten, gingen sie bei der Prämie leer aus und es bleibe noch nicht einmal ein Einkommen in Höhe des Mindestlohns. Schafhalterinnen und Schafhalter hätten eine Petition zur Einführung einer Weidetierprämie gestartet, die bereits von 120.000 Menschen unterstützt werde. In 22 anderen europäischen Staaten würden jährlich bereits mehr als 500 Millionen Euro Weidetierprämie gezahlt. Die Schafhaltung sei wichtig für den Erhalt der Kulturlandschaft und von Deichanlagen, sie sei artgerecht und nehme eine wichtige ökologische Funktion wahr. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer Weidetierprämie einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass durch Beweidung genutzte Flächen als landwirtschaftliche Flächen anerkannt werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

„Digitale Arbeitswelt“

26.4.2018 – Der Landtag hat die erste Enquete-Kommission der 17. Wahlperiode eingesetzt. Auf Antrag der SPD-Fraktion wird sich das Gremium mit der „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ befassen ([17/2405](#)). Der digitale Wandel werde die Arbeitswelt verändern und „eine weitgehende Reorganisation des Arbeitsmarkts mit sich bringen“, heißt es in dem Antrag. Geklärt werden müsse, wie Nordrhein-Westfalen „als ein Kernland der Industrie in Deutschland“ dafür gewappnet sei und welche spezifischen Chancen und Risiken es gebe. Die Kommission soll sich mit den Themenfeldern „Wandel der sozi-

alen Marktwirtschaft“, „Wandel der Arbeitswelt und soziale Herausforderungen“ sowie „Weiterbildung/Qualifizierung/Forschung“ befassen. Enquetekommissionen dienen der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Den Gremien können sowohl Abgeordnete als auch externe Sachverständige angehören.

Datenskandal

26.4.2018 – Welche politischen Konsequenzen müssen aus dem Datenskandal beim sozialen Netzwerk Facebook gezogen werden? Mit dieser Frage befasste sich der Landtag auf Antrag der Grünen-Fraktion („Freiheit, Recht und Verantwortung im digitalen Zeitalter sichern – Konsequenzen aus dem Facebook-Skandal ziehen!“/[17/2390](#)). Das Unternehmen „Cambridge Analytica“ soll über eine Facebook-App persönliche Daten von rund 87 Millionen Nutzerinnen und Nutzern abgegriffen haben, darunter mehr als 300.000 Deutsche. Der Skandal zeige, dass die derzeitigen Rechtsgrundlagen nicht mit den Entwicklungen des digitalen Zeitalters Schritt gehalten hätten, so die Grünen in ihrem Antrag. Die Fraktion forderte u. a. „eine ressortübergreifende Gesamtstrategie ‚Verantwortung, Freiheit und Recht im Netz‘“ der Landesregierung bis Ende 2018 mit Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Für den Antrag stimmte die Grünen-Fraktion. Die SPD-Fraktion enthielt sich.

Ausbildung der Feuerwehren

26.4.2018 – Die Fraktionen von CDU und FDP möchten die Ausbildung der Feuerwehrleute in Nordrhein-Westfalen verbessern. In einem Antrag ([17/2398](#)) führen sie aus, dass die Zahl der Brände zurückgehe und damit auch die Praxiserfahrung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen. Die vorhandenen Übungsmöglichkeiten reichten nicht aus, um allen Feuerwehreinheiten regelmäßige praxis-

nahe Einheiten einzuräumen. Dazu zählten Grundtätigkeiten wie z. B. das Verlegen von mit Wasser gefüllten Schläuchen in Treppenhäusern, das Absuchen von verrauchten Räumen nach leblosen Personen oder das Befreien von eingeklemmten Personen nach Verkehrsunfällen. Die Landesregierung solle die Kommunen bei der Verbesserung der Übungsmöglichkeiten unterstützen und Anreize für zusätzliche Übungsgelegenheiten schaffen, heißt es in dem Antrag. Zudem solle sie prüfen, welche Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung der Übungsgelände durch Feuerwehr, Polizei und sonstige Organisationen des Katastrophenschutzes entstünden. Für sogenannte Großschadensereignisse wie Stürme, Starkregenfälle, Hochwasser oder Chemieunfälle sollten „Musterszenarien“ entwickelt werden, damit Feuerwehren und Hilfsorganisationen eine gemeinsame Grundlage für Übungen hätten. Der Antrag wurde an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

„Alternatives Elterngeld“

26.4.2018 – Der Zustand der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen sei derzeit „unzureichend und erfüllt nicht die Mindestanforderungen, die an eine qualitativ befriedigende Betreuung gestellt werden müssen“, heißt es in einem Antrag der AfD-Fraktion („Kinderbetreuung – echte Wahlfreiheit für Eltern durch Einführung eines alternativen Elterngeldes“, [17/2396](#)). Dies liege u. a. an fehlendem Personal in den Kindertagesstätten. Nach Ansicht der Fraktion „führt kein Weg an einer gezielt und konsequent familienbezogenen Unterstützung vorbei, welche es den Eltern ebenfalls ermöglicht, Kinder bis zur Vollendung ihres dritten Lebensjahres selbst zu Hause zu erziehen und zu betreuen“. Die Landesregierung solle „künftig von einer einseitigen Förderung der Kinder Abstand nehmen“ und eine „gleichwertige Förderung für die Betreuung von Kindern im eigenen Zuhause“ schaffen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Streit um Stabsstelle

Landtag debattiert über Neuorganisation im Umweltministerium

26. April 2018 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit der Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz befasst. Die Fraktionen der Grünen und der AfD hatten die Debatte unabhängig voneinander beantragt.

Der Antrag der Grünen-Fraktion trug den Titel „Hat Ministerin Schulze Föcking den Landtag getäuscht?“ (17/2456). Der Antrag der AfD-Fraktion lautete „Auflösung der Stabsstelle für Umweltkriminalität – Verstößt Ministerin Schulze Föcking gegen den Geist des Parlamentes?“ (17/2457). Beide Fraktionen bezogen sich auf Medienberichte, denen zufolge die Ministerin das Parlament in einer Fragestunde am 21. März 2018 unzureichend informiert habe.

das Gegenteil sei der Fall: Die „Vortäuschung von Wirklichkeiten“ sowie „Lügen und Verleumdungen“ gehörten weiterhin zum politischen Repertoire. Mit Blick auf Ministerin Schulze Föcking riet Seifen: „Kehren Sie zur Ehrlichkeit zurück (...) und fangen Sie nicht an zu tricksen, um etwas zu verschleiern, was nicht zu verschleiern ist.“

Die Verfolgung von Umweltstraftätern scheine unter der rot-grünen Landesregierung keine Priorität mehr besessen zu haben, sagte

klären und Widersprüche zu beseitigen. Dies sei aber nicht geschehen. Das „Verschleiern“ durch die Ministerin schade dem Standort Nordrhein-Westfalen in der Landwirtschaft, im Verbraucherschutz, im Umweltschutz und letztlich den Landwirten. Die SPD-Fraktion werde „alle parlamentarischen Mittel nutzen, um Licht ins Dunkel zu bringen“, kündigte Stinka an.

Markus Diekhoff (FDP) merkte an, es sei legitim, dass eine neue Ministerin ihr Haus neu strukturiere. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Ministerin ihr Haus effektiv und gut führt“, sagte Diekhoff. Eine mit einer Person besetzte Stabsstelle werde zur effektivsten Waffe gegen Umweltkriminalität hochstilisiert. Durch die Verteilung der Arbeit auf mehrere Schultern und die Einbindung in die verschiedenen Abteilungen des Hauses



Fotos: Schälte

Monika Düker (Grüne)

Helmut Seifen (AfD)

Thorsten Schick (CDU)

André Stinka (SPD)

Markus Diekhoff (FDP)

Ministerin Christina Schulze Föcking (CDU)

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** wies darauf hin, dass sich die Ministerin durch Äußerungen in „Widersprüche“ verstrickt habe. Anders als von Schulze Föcking im Plenum behauptet, habe die Stabsstelle für Umweltkriminalität an den Fällen „Envio“ und „Shell“ mitgearbeitet. WDR-Recherchen belegten das, sagte Düker. „Mehr denn je ist unklar, wieso die Stabsstelle überhaupt aufgelöst wurde.“ Sollte Schulze Föcking die Widersprüche ihrer Aussagen nicht auflösen, wollen die Grünen ihren „Anspruch auf Transparenz und Information in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss durchsetzen“.

Was Düker vorgetragen habe, sagte **Helmut Seifen** (AfD), sei nichts weiter als „Erbsehzählerei“. Die „Causa Schulze Föcking“ sei letztlich ein „Symptom“ tiefer liegender Ursachen. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe eine „Entfesselung“ und „Runderneuerung“ von Nordrhein-Westfalen versprochen. Aber

Thorsten Schick (CDU). Deshalb sei eine Neuausrichtung dringend geboten gewesen: „Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine starke Stabsstelle.“ Jährlich müssten rund 1.500 Strafanzeigen bearbeitet werden. Die Aussagen der Ministerin zu den bisherigen Schwerpunkten der Stelle seien richtig gewesen. Der Vorwurf, die Stabsstelle sei aufgelöst worden, weil sie gegen die Schweinehaltung Schulze Föcking ermittelt habe, sei „haltlos“. Die entsprechenden Akten seien einsehbar.

„Verantwortung“

Ministerin Schulze Föcking sei durch ihre Amtsführung zu einer „Belastung für das Land“ geworden, sagte **André Stinka** (SPD). Sie sei „überfordert“ und schiebe Verantwortung auf andere ab. Bei einer Fragestunde im Plenum am Vortag habe sie die Gelegenheit gehabt, aufzu-

kläre die Arbeit der bisherigen Stabsstelle effektiv wahrgenommen werden. Der eigentliche Skandal liege nur darin, dass ein eigentlich normaler Vorgang skandalisiert und politisiert werde.

„Mit der Umorganisation können wir die Bekämpfung der Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität in NRW ausbauen“, sagte Ministerin **Christina Schulze Föcking** (CDU). Die Stabsstelle habe an den Fällen um „Envio“ und „Shell“ zwar mitgearbeitet, diese aber nicht federführend entdeckt und aufgeklärt. Der Vorwurf, die Auflösung der Stelle stehe im Zusammenhang mit der „Akte Schulze Föcking“ in der Stabsstelle, sei konstruiert. Außerdem habe sie mit der Möglichkeit der Einsicht in alle Akten der Stabsstelle für volle Transparenz gesorgt. Davon hätten bisher nur ein Abgeordneter und ein Journalist Gebrauch gemacht.

tab, zab, ell



PLENUM

Debatte über die Sicherheit

Kontroverse Diskussion um geplante Änderung des Polizeigesetzes

26. April 2018 – Die Landesregierung will das nordrhein-westfälische Polizeigesetz ändern, um die Sicherheit an Rhein und Ruhr zu stärken. Geplant sind u. a. neue Fahndungsmöglichkeiten für die Polizei, eine Ausweitung der Videoüberwachung und der Einsatz „elektronischer Fußfesseln“. Hintergrund seien terroristische Bedrohungen, aber auch die sogenannte Alltagskriminalität. Die regierungstragenden Fraktionen lobten den Gesetzentwurf, die Opposition äußerte sich kritisch.

Foto: Schälte

Anlass der Debatte war die erste Lesung des Entwurfs des „Gesetzes zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ (17/2351), den die Landesregierung ins Parlament eingebracht hat.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) bezeichnete das Sicherheitspaket als „effektive und auch ausgewogene Grundlage für Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen“. Mit der Gesetzesänderung solle die Handlungsfähigkeit der Polizei für die Zukunft gesichert werden. Als Beispiele nannte er u. a. die Telekommunikationsüberwachung, die elektronische Fußfessel und die Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams in Fällen einer drohenden Gefahr. Das Paket sei mit Augenmaß geschnürt. „Freiheit und Si-

cherheit schließen sich nicht aus, im Gegenteil, mehr Sicherheit bedeutet auch mehr Freiheit“, sagte Reul.

Der Gesetzentwurf sei ein „Quantensprung in der Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen“, sagte **Dr. Christos Katzidis** (CDU). Es würden die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Polizei effektiv Gefahren und Terror bekämpfen könne. Zudem werde der Opferschutz gestärkt, z. B. bei häuslicher Gewalt. Die Änderungen am Polizeigesetz seien nur ein Baustein der Sicherheitspolitik, weitere seien mehr Wertschätzung für Polizistinnen und Polizisten, die materielle Ausstattung der Polizei sowie die Schaffung neuer Stellen. „Nordrhein-Westfalen wird in Zukunft ganz zweifelsfrei sicherer sein.“

Hartmut Ganzke (SPD) kündigte eine kritische Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf an. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger in NRW sei von den Änderungen des Gesetzes betroffen. So solle künftig die Polizei nicht nur bei konkreter, sondern auch bei „drohender Gefahr“ eingreifen können. Er warnte: Wer am falschen Ort zur falschen Zeit mit den falschen Menschen nur rede, könne möglicherweise bis zu einem Monat in Gefährderhaft genommen werden. „Wollen wir das?“, fragte Ganzke und warnte, dass Grundrechte wie das Fernmeldegeheimnis und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betroffen sein könnten.

Marc Lürbke (FDP) hielt dagegen, dass die Gesetzesnovelle die Polizei bei ihrer täglichen Arbeit stärke und „passgenaue Verbesserungen bei der Inneren Sicherheit“ auf den Weg bringe. „Effektive Kriminalitätsbekämpfung“ erfordere, dass Ermittlungsinstrumente und -befugnisse von Sicherheitsbehörden an „neue Bedrohungslagen“ angepasst würden. In Nordrhein-Westfalen hielten sich mehr „islamistische Gefährder“ als in jedem anderen Bundesland auf. „Dies länger zu ignorieren, wäre mehr als fahrlässig“, sagte Lürbke. „Kriminellen und Terroristen wollen wir konsequent auf den Füßen stehen.“

Elektronische Fußfesseln

Der Gesetzentwurf zeige, wie sehr CDU und FDP zu Getriebenen der „von ihnen geschürten Ängste“ geworden seien, kritisierte **Verena Schäffer** (Grüne). Der Entwurf strotze nur so vor „Symbolpolitik“, ohne für mehr Sicherheit zu sorgen: Elektronische Fußfesseln hinderten Terroristen nicht daran, Anschläge zu begehen, wie sich in Frankreich gezeigt habe. Menschen auf Verdacht bis zu einem Monat lang in Gewahrsam zu nehmen, sei zudem verfassungswidrig und führe nicht dazu, dass sie „geläutert“ würden. Aufgrund des restriktiven, wirkungslosen und verfassungswidrigen Entwurfs sei Innenminister Reul „ein Risiko für unsere Freiheit“.

Aus anderen Gründen kritisierte **Thomas Röckemann** (AfD) den Gesetzentwurf als „nicht zielführend“. Die geplante Telekommunikationsüberwachung werde etwa der „Gefährdungslage des ausländischen bzw. des islamischen Terrorismus nicht ansatzweise gerecht“. Wirksamer sei, „die Grenzen zu schließen“, „Abschiebungen durchzuführen“ und dem „Rechtsstaat auf diese Weise Geltung zu verschaffen“. Auch die geplante Videoüberwachung sei reine „Symptombekämpfung“ und zudem „realitätsfern“, da es bei der Polizei an Personal mangle. Mit ihrem „populistischen“ und „halbherzigen“ Entwurf mache die Regierung „ein scharfes Schwert stumpf“. *tob, sam*

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (16. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/1565](#) und [17/2436](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. April 2018 | angenommen

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit | [17/2394](#) | AfD | 1. Lesung am 25. April 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz zur Änderung des EA-Gesetzes NRW | [17/2410](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 25. April 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/2351](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 26. April 2018 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Umsetzung des bereichsspezifischen Datenschutzes im Bereich der Justiz (Justizdatenschutz-Anpassungsgesetz) | [17/2350](#) | Landesregierung |

1. Lesung am 26. April 2018 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/2113](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/2114](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) | [17/2166](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | Anhörung am 4. Mai 2018

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/2115](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | Anhörung am 2. Mai 2018

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes | [17/2122](#) | CDU und FDP | Rechtsausschuss | in Beratung

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 | [17/1981](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung



Wenn es allein nicht mehr geht

Sachverständige äußern sich zum Wohnen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit

11. April 2018 – Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ging es um Alternativen zu klassischen Heimeinrichtungen. Mehrfach haben Expertinnen und Experten in der Anhörung auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ hingewiesen.

In Nordrhein-Westfalen seien rund 640.000 Menschen pflegebedürftig, schreibt die Fraktion der Grünen in ihrem Antrag „Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf in NRW weiter ausbauen“ (17/1279). Für 2060 seien bei herkömmlicher Fortschreibung 920.500 Betroffene prognostiziert. Umfragen zufolge suche ein Großteil der Menschen im Alter und bei Pflege „nach Alternativen zu den traditionellen Heimeinrichtungen“. Vielerorts fehle es aber an Angeboten „außerhalb der klassischen stationären Großeinrichtung“. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, „einen umfassenden Ausbau von Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit intensiver Pflege und Unterstützung“ zu befördern.

Auf Nordrhein-Westfalen komme „ein tiefgreifender, gleichzeitig aber regional unterschiedlich verlaufender Wandel von Alters- und Pflegestrukturen zu“, heißt es in einer Stellungnahme des Sozialverbands VdK für den Ausschuss. Der „Verbleib im eigenen Quartier“ müsse zur Normalität werden. Erforderlich seien u. a. barrierefreie Wohnungen. Allerdings seien in NRW derzeit nur etwa 3 Prozent der 8,6 Millionen Wohnungen zumindest mit einem barrierearmen Standard ausgestattet. Bei Wohn- und Pflegeangeboten müsse der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände wies ebenfalls auf diesen Grundsatz hin. Er sei „bundesrechtlich verankert“; der Landesgesetzgeber habe keine Möglichkeit, abweichende Regelungen zu treffen. Insoweit unterstütze man den Antrag der Grünen-Fraktion. Allerdings sei festzustellen, „dass die Lebenswirklichkeit in Wohngemeinschaften für Intensivpflegepatientinnen und -patienten zum Teil nicht mehr einem selbstbestimmten Leben in der eigenen Häuslichkeit entspricht“. Dies gelte zum Beispiel für Wachkomapatienten in ambulanten Wohngemeinschaften: „Derartigen Fehlentwicklungen sollte auch bei Anwendung des Grundsatzes ‚ambulant vor stationär‘ gegengesteuert werden.“

Helmut Wallraffen, Geschäftsführer der Sozial-Holding Mönchengladbach, teilte die Auffassung der Grünen-Fraktion, dass „der Großteil der Menschen im Alter und bei Pflege nach Alternativen zu den traditionellen Heimeinrichtungen sucht“. Auf der anderen Seite sei

es für einige Pflegebedürftige aber besser, in einer vollstationären Altenpflegeeinrichtung zu leben. Auch Wallraffen wies auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ hin. Der „umfassende Ausbau von Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen“ müsse „unbedingt weiter vorangetrieben werden“, weil er den Wünschen einer älteren Gesellschaft gerecht werde.

„Komplexe Herausforderungen“

Der Ausbau ambulanter Angebote sei wichtig, angesichts der „komplexen Herausforderungen allein aber nicht ausreichend“, so die Freie Wohlfahrtspflege NRW in ihrer Stellungnahme. Der Sozialverband Deutschland begrüßte den Antrag. Allerdings müssten auch die „erforderlichen zusätzlichen finanziellen Ressourcen mobilisiert werden“.

Es gebe derzeit „zu wenige bezahlbare Wohnungen, die den individuellen Bedürfnissen für ein selbstbestimmtes Leben von pflegebedürftigen alten Menschen und Menschen mit Behinderung gerecht werden“, so die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen. Nötig seien sowohl Investitionen in vollstationäre als auch in ambulante Angebote. Die „altersgerechte Weiterentwicklung von Wohnquartieren“ sei ein „Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen“. In der Stellungnahme heißt es weiter: „Insbesondere sind die Angebote an altengerechten Wohnungen auszubauen und quartiersorientierte Prozesse z. B.

durch alternative Wohnformen wie Gruppenwohnungen oder ambulante Pflegegemeinschaften für Demenzerkrankte im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung zu initiieren.“

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste sieht den Antrag der Grünen-Fraktion eher kritisch: „Die Behauptung, dass vorrangig auf traditionelle Großeinrichtungen gesetzt wurde, lässt sich nicht belegen und entbehrt jeglicher Grundlage.“ Probleme sieht der Verband bei der Kurzzeitpflege – es gebe zu wenig Angebote. Er empfiehlt eine „Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien mit einer Stärkung des in der Pflegeversicherung verankerten Wettbewerbsgedanken zwischen den Anbietern pflegerischer Leistungen“. Außerdem: Wer ambulante Wohngemeinschaften „immer noch so stark hervorhebt und als Kompensation für vollstationäre Pflegeangebote ‚überhöht‘, verkennt die Realität und die großen Herausforderungen, vor denen wir (...) versorgungspolitisch stehen.“

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11



Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Selbstbestimmtes Wohnen“



Selbstbestimmtes Wohnen ...

... muss auch bei Menschen mit Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf eine Selbstverständlichkeit sein. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für eine echte Wahlfreiheit in der Pflege ein. Das heißt, Menschen sollen, solange sie es möchten und dies aus medizinischer Hinsicht möglich ist, in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

... im Alter – möglichst im eigenen Quartier – wünschen sich viele Menschen und ist zentrales Ziel einer guten Pflegepolitik. Um das zu erreichen, brauchen wir eine soziale Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen älterer und pflegebedürftiger Menschen orientiert. Dazu benötigen wir auch dringend mehr barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause und im Quartier ermöglichen.

Das eigene Quartier, die vertraute Umgebung ...

... sind besonders für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wichtige Bezugspunkte in ihrem Leben. Aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation ist der Bewegungsradius begrenzt, so dass sie auf ein Viertel und eine Umgebung mit einer entsprechend entwickelten Infrastruktur angewiesen sind.

... sind wichtig für eine gute Pflege, denn die meisten Pflegebedürftigen wollen zu Hause wohnen bleiben. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der rasant steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen müssen deswegen alle Anstrengungen unternommen werden, um gute und menschenwürdige Pflege zu sichern und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter und im gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ...

... wird von uns unterstützt. Dennoch muss es aus unserer Sicht auch eine ausreichende Anzahl stationärer Pflegeplätze geben, weil es Situationen gibt, die eine Pflege zu Hause unmöglich machen. Menschen, die auf Unterstützung und Pflege angewiesen sind, müssen selbst entscheiden können, wie sie leben und versorgt werden möchten. Dafür muss eine echte Wahlmöglichkeit gegeben sein.

... steht für die Möglichkeit im Alter und bei Pflegebedürftigkeit länger in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Wichtig ist aber vor allem, dass die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht, ob „ambulant vor stationär“ Vorrang haben sollte oder umgekehrt. Deswegen muss es eine große Vielfalt von Versorgungsangeboten geben, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen Rechnung trägt und ihre Selbstbestimmung stärkt.

Klassische Altenpflegeheime ...

... sind unverzichtbarer Teil einer leistungsfähigen Pflegeinfrastruktur. Die stationäre Pflege ist ein wichtiger Pfeiler, um pflegebedürftige Menschen angemessen und entsprechend ihrer Wünsche und Vorstellungen zu versorgen. „Klassisch“ hört sich in diesem Zusammenhang etwas rückständig an. Selbstverständlich brauchen wir moderne Altenpflegeheime, die den heutigen Standards und Ansprüchen entsprechen.

... sind ein wichtiger Baustein für die pflegerische Versorgung der Menschen. Auch deshalb, weil demografische und gesellschaftliche Veränderungen dazu führen, dass pflegebedürftige Menschen künftig weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren familiären Umfeld erhalten. Das bedeutet, dass auch die Nachfrage nach einer professionellen Betreuung und Versorgung in Pflegeheimen steigen wird.



... bedeutet für uns, dass pflegebedürftige Menschen selbst oder mit ihren Angehörigen entscheiden können, wo und wie sie leben möchten. Wir wollen deshalb die Wahlmöglichkeiten zwischen ambulanter Betreuung im häuslichen Umfeld, Pflege-Wohngemeinschaften und stationären Pflegeheimen als gleichwertige Angebote stärken. Dazu brauchen wir auch mehr Plätze in Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen.

... ist für viele Menschen der Ort, an dem sie gerne alt werden möchten. Dazu braucht es u. a. ausreichende Angebote an bezahlbaren altengerechten Wohnungen sowie allgemeine Standards zur Barrierefreiheit anstelle einer nicht bedarfsgerechten starren Quote an rollstuhlgerechten Wohnungen. Zudem sollte die soziale Wohnraumförderung auch für Verbesserungen im Bestand eingesetzt werden.

... ist zwar grundsätzlich durch den Bundesgesetzgeber vorgegeben und durch einen weiteren Ausbau ambulanter Versorgungsangebote sicherzustellen. Die rot-grüne Vorgängerregierung hat diese Prämisse aber so fehlgedeutet, dass sie darunter ein politisch motiviertes Zurückdrängen stationärer Einrichtungen verstanden hat. Dies führt zu Versorgungsengpässen und langen Wartezeiten auf einen Pflegeplatz.

... sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Deshalb darf die Bereitschaft zu Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung von Pflegeheimen nicht durch die aktuellen Förderbedingungen verhindert werden. Die NRW-Koalition wird das Alten- und Pflegegesetz NRW sowie die entsprechende Durchführungsverordnung in diesem Sinne zeitnah überarbeiten.



... ist ein Menschenrecht. Kein Mensch darf laut UN gezwungen werden, in einer stationären Einrichtung zu leben. Jeder Mensch muss die Pflege und Unterstützung erhalten, die es ihm erlaubt, möglichst selbstständig und selbstbestimmt zu leben. Deshalb müssen ambulante Angebote ausgebaut, Beratungen gesichert und der Bau von barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen vorangetrieben werden.

... will die Mehrheit der Menschen auch bei Unterstützungsbedarf nicht verlassen. Sie muss auf ihre Belange ausgerichtet werden und die soziale Stadtentwicklung muss Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe in den Fokus nehmen. Das Quartiersmanagement muss weiter ausgebaut, die schwarz-gelbe Streichung der Quartiersentwicklerstellen zurückgenommen und der Vorrang ambulanter Lebens- und Unterstützungsformen erhalten werden.

... muss weiter gelten. Ambulante Wohn- und Pflegeformen spielen eine immer wichtigere Rolle auch für Menschen mit einem umfassenden Pflegebedarf. Der Großteil fordert Alternativen zum klassischen Heim. Dazu gehören WGs und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, aber auch Mehrgenerationenwohnen und „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung. Nur so gibt es eine Wahlmöglichkeit.

... sind ein Baustein für die Sicherung eines umfassenden Pflegeangebots vor Ort. Viele Einrichtungen müssen die Pflege aber weiter verbessern und sich zeitgemäß modernisieren, um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: Einzelzimmer, Öffnung zum Quartier als Begegnungszentrum für die Bewohner*innen, Vereine und Initiativen im Stadtteil, bis hin zur Umwandlung zu Wohnanlagen für alle Generationen.



... ist ein wichtiger Teil selbstbestimmten Lebens. Die Wahlfreiheit von Wohnort und Wohnform sollte es daher nicht nur in der Theorie (Artikel 19 UN-Behindertenrechtskonvention, oder SGB IX §9 Abs. 3), sondern auch in der Praxis geben. Dafür müssen wir uns einsetzen.

..., die Heimat sind gerade in Zeiten der Globalisierung und vieler Unsicherheiten ein fester Anker in der Welt. Nicht umsonst ist es der überwiegenden Mehrheit der Menschen so wichtig, auch im Alter in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Soweit möglich, müssen wir uns auch hier für diesen Wunsch starkmachen.

... gilt aus diesem Grund natürlich genauso wie „Rehabilitation vor Rente“ etc. Wir sollten uns hinsichtlich der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft allerdings nicht in Versprechungen gegenseitig überbieten, sondern Chancen und Möglichkeiten realistisch abwägen.

... sind für die Wenigsten die Idealvorstellung fürs Alter. Auf der anderen Seite gibt es oft durch fehlende Angehörige, Demenz oder Schwere einer Erkrankung nicht viele Alternativen. Und durch meinen beruflichen Hintergrund weiß ich auch, dass der Ruf vieler Heime schlechter ist als die gelebte Realität. In den meisten Heimen wird eine hervorragende Arbeit geleistet.

Weil sie nicht anders konnten

Während des Nationalsozialismus haben sie zur Rettung von Jüdinnen und Juden ihr eigenes Leben riskiert: Mit der Ausstellung „Ich bin meines Bruders Hüter“ präsentiert der Landtag die Biografien von elf Deutschen, die von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Ein Gespräch mit Yad-Vashem-Vertreter Arik Rav-On über Mut und das Gute im Menschen.



Arik Rav-On ist Direktor für die deutschsprachigen Länder und die Schweiz der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Der gebürtige Israeli hat an der Deutschen Sporthochschule Köln studiert und war Spieler der israelischen Handballnationalmannschaft.

Herr Rav-On, sind die Guten und Gerechten unter den Menschen eine Ausnahmeerscheinung?

Wenn wir an die Zeit des Nationalsozialismus denken, ja, leider. Aber es gab auch Menschen,

die Mut gezeigt haben, um Juden vor der Ermordung zu retten. Als Gerechte unter den Völkern zeichnet die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem diese Menschen seit mehr als fünf Jahrzehnten aus und die Namen von 603 Deutschen stehen mittlerweile auf der Liste. Klar ist aber auch: In Deutschland haben damals rund 80 Millionen Menschen gelebt. Der Anteil derjenigen, die Widerstand geleistet haben, war also gering. Andererseits heißt es im Talmud: Wer auch nur ein einziges Leben rettet, der ist, als hätte er die ganze Welt gerettet. Wenn 603 deutsche Gerechte also 603 oder mehr Juden gerettet haben, entspricht das mindestens 603 Welten.

Was haben diese Menschen gemeinsam, die als Gerechte unter den Völkern ausgezeichnet wurden?

Alle haben Mut bewiesen und ihr Leben riskiert, um jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Leben zu retten, ohne daraus einen persönlichen Vorteil oder Gewinn zu ziehen. Ich habe viele dieser Menschen getroffen und gefragt, warum sie so mutig gehandelt haben. Die Antwort war eigentlich immer die gleiche:

Ich konnte nicht anders. Dieser Satz begleitet mich, seitdem ich im Amt bin. Es ist wie bei der Kindergärtnerin, die ohne zu überlegen in ein metertiefes Loch sprang, um ein Kind zu retten. Sie setzte ihr Leben aufs Spiel und sagte hinterher auch: Ich konnte nicht anders. So ist das auch bei all den Menschen aus der Zeit des Nationalsozialismus, die wir auszeichnen.

Die Pflicht zu helfen

Woher kommen die innere Stimme und der Appell zu handeln?

Manche beziehen sich auf die Religion und sagen: Es war mein Gott, der mich geschickt hat. Andere haben einfach das Gefühl, dass es ihre Pflicht war zu helfen. Sie sahen, dass ihre Nachbarn, Kinder oft, Geschäftspartner oder Freunde umgebracht werden sollten. Natürlich lassen sich pro Fall zehn Gegenbeispiele bringen, bei denen Leute keinen Mut aufgebracht haben. Wo Juden von Nachbarn an die SS verraten wurden, nur damit sie deren Wohnung übernehmen konnten. Das gehört auch zur geschichtlichen Wahrheit.

Wer entscheidet darüber, ob ein Mensch als Gerechter unter den Völkern anerkannt wird?

Eine Kommission aus Richtern, Historikern und Volksvertretern tritt einige Male pro Jahr zusammen, um über Anträge zu entscheiden. Die Vorgaben sind sehr streng, Aufnahmeverfahren ziehen sich über Jahre. Etwa bei dem Fall, der durch den Kinofilm „Der Pianist“ weltweit bekannt wurde. Dem Film liegt die

Die Ausstellung ist noch bis zum 27. Mai 2018 in der Wandelhalle des Landtags zu sehen. Besichtigungen sind nach Voranmeldung unter veranstaltungen@landtag.nrw.de oder Telefon 0211 / 884-2129 möglich (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag ohne vorherige Anmeldung 11 bis 17 Uhr). Darüber hinaus werden in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf Führungen für Einzelbesucher (3., 7. und 15. Mai, jeweils 17 Uhr) und Schulklassen (ab Klasse 9, Termine nach Vereinbarung) angeboten. Für die Führungen ist eine Anmeldung unter YadVashemLandtag@web.de erforderlich. Der Eintritt ist frei.



Geschichte des jüdischen Pianisten Wladyslaw Szpilman zugrunde, dessen Leben durch den Wehrmachtssoldaten Wilm Hosenfeld im Warschauer Ghetto gerettet wurde. Jahre später stellte der Sohn des Pianisten einen Antrag, um den Wehrmachtssoldaten als Gerechten unter den Völkern aufzunehmen. Mehrere Jahre hat es gedauert, bis ihm die Ehrung zuteilwurde.

Heute erfolgen die Auszeichnungen posthum, weil die zu Ehrenden nicht mehr leben. Was bedeutet es für die Angehörigen, wenn Großmütter oder -väter geehrt werden?

Sie weinen oft auf der Bühne, nicht nur Töchter und Söhne, sondern auch die Enkel der Personen, die geehrt werden. Für viele ist es einer der größten Momente im Leben. Daher die Tränen. Andere wollen aber überhaupt nicht geehrt werden, weil sie sagen: Ich konnte damals nicht anders, es war doch normal zu helfen. Der liebe Gott soll darüber irgendwann richten, aber eine Ehrung brauche ich nicht.

In der Ausstellung im Landtag werden bekannte Personen wie der mittlerweile verstorbene Manager des Essener Krupp-Konzerns, Berthold Beitz, und seine Frau Else als Gerechte unter den Völkern gewürdigt. Was zeichnet die beiden aus?

Ihn haben wir geehrt, weil er zur Zeit des Nationalsozialismus viele jüdische Männer und Frauen aus einem Transportzug befreit hatte, der in ein Vernichtungslager fahren sollte. Seine Frau beherbergte die Geretteten im eigenen Haus, versorgte sie mit Essen und setzte sich der Gefahr der Denunziation aus, womit sie ihr Leben riskierte. Wichtig sind aber gerade auch die unbekannteren Gerechten – Menschen aus dem einfachen Volk, die Mut gezeigt haben. Diese Menschen machen den Großteil der Gerechten aus.

Menschen aus der Region

Welche Rolle spielt der regionale Bezug bei der Ausstellung?

Er ist sehr wichtig. Wo immer wir die Ausstellung zeigen, stellen wir nach Möglichkeit auch Menschen aus der Region vor. Wenn Schülerinnen und Schüler etwa hier in den Landtag kommen, sehen sie, dass es Menschen aus der Region waren, die damals geholfen haben – zum Beispiel aus Köln, Solingen oder Wuppertal. Die geschichtlichen Ereignisse werden für sie dann nahbar und das macht sie vielleicht auch stolz.

Warum haben Sie den Landtag als Ausstellungsort gewählt?

Es ist ein besonderer Ort. Menschen kommen hierhin, weil sie etwas über Demokratie und

Ausstellung im Landtag: „Ich bin meines Bruders Hüter“

Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat im Auftrag des Staates Israel bislang rund 26.500 Menschen als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. Im Mittelpunkt der Ausstellung im Landtag stehen elf Geehrte aus Deutschland. Zu ihnen zählen Heinrich Heinen aus Köln und Paul Krebs aus Solingen, die ihr Leben riskierten, um ihre Frauen vor der Deportation in Vernichtungslager zu retten.

Vorge stellt werden in der Ausstellung auch die Biografien des Bankiers Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim aus Köln sowie des ehemaligen Krupp-Managers Berthold Beitz und seiner Ehefrau Else (Essen). Weitere „Gerechte unter den Völkern“ in der Ausstellung sind: Heinrich und Marie List (Hessen), Hedwig und Otto Schrödter, Helene Jacobs und Bernhard Lichtenberg (alle Berlin).

„Erinnern ist eine Chance, aber sie wird dort zur gesellschaftlichen Notwendigkeit, wo man versucht ist, schreckliche Ereignisse zu verdrängen und zu vergessen. Erinnern ist

der Schlüssel dazu, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen“, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, während der Ausstellungsöffnung. Kai Diekmann, Vorsitzender des Freundeskreises Yad Vashem in Deutschland, bezeichnete die Gedenkstätte als einen Ort, „den Besucher anders verlassen, als sie ihn betreten haben“. Er sei weltweit einzigartig – wie die Verbrechen, an die er erinnere. Der Ort erinnere aber auch daran, „dass es Licht in den tiefsten Abgründen menschlicher Dunkelheit gibt“. Ein weiteres Grußwort sprach Arik Rav-On, Direktor Yad Vashem für die deutschsprachigen Länder und die Schweiz (siehe Interview).

Im Rahmen einer Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel am Montag, 14. Mai 2018, werden im Landtag zwei weitere „Gerechte unter den Völkern“ posthum geehrt. Es handelt sich um das Ehepaar Josef und Maria Otten aus Düsseldorf.



Geschichte lernen wollen. Ich habe eben fünf Minuten in der Bürgerhalle des Landtags gewartet und mindestens 20 Schulklassen gesehen. Das ist genau die Zielgruppe, an die wir uns richten: die junge Generation.

Was ist das Ziel der Ausstellung?

Besucherinnen und Besucher sollen lernen, was es heißt, ein guter Mensch zu sein. Wenn ich mit ihnen ins Gespräch komme, stelle ich daher jedes Mal zwei Fragen: Wie hättest du dich damals verhalten? Und: Wie verhältst du

dich heute? Die zweite Frage ist die entscheidende: Wie reagierst du zum Beispiel, wenn eine Person eine andere die Treppe herunterstößt? Ich denke, man sollte mindestens die Kopfhörer aus seinem Smartphone nehmen und die Polizei anrufen. Aber auf keinen Fall wegschauen. Das haben zu viele Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus gemacht: so getan, als wüssten sie nichts.

Das Interview führten Thomas Becker und Michael Zabka

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Werkstattgespräch: Verständnis und ein Bewusstsein für Depressionen entwickeln

„Depressionen sind ein wichtiges Thema, über das wir reden müssen. Jeder Vierte in Deutschland hat das Risiko, an einer Depression zu erkranken. Die Betroffenen sollen endlich das Gefühl bekommen, dass die Gesellschaft ihnen mit Verständnis und Hilfsangeboten zur Seite steht“, fasste der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nettekoven, den Austausch des Werkstattgesprächs zusammen.

Es ging um das Thema „Depressionen und psychischer Druck im Leistungssport – Was hat sich nach Robert Enke getan?“. Eingeladen hatten Nettekoven, der Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen und der gesundheitspolitische Sprecher Peter Preuß.

Die Gäste: Teresa Enke, die nach dem Tod ihres Mannes die Robert-Enke-Stiftung gegründet hat, der Sportpsychiater Prof. Dr. Dr. Frank



Werkstattgespräch der CDU-Fraktion mit Teresa Enke, Prof. Frank Schneider (2.v.r.) und Martin Amedick (r.)
Foto: CDU-Fraktion/Zierhut

Schneider aus Aachen, der ehemalige Fußballprofi Martin Amedick und rund 80 weitere Gäste aus Sport, Politik und Gesellschaft.

Alle waren sich einig, wie wichtig es ist, über das Thema Depressionen zu sprechen und die

Betroffenen damit nicht alleine zu lassen und vor allem nicht zu stigmatisieren.

Gerade im Leistungssport könnte es nach Meinung der Experten eine Hilfe sein, Trainer zu sensibilisieren und Perspektiven neben dem Sport zu schaffen.

Erstes Fazit: Wir müssen eine Depression frühzeitig erkennen, ein Bewusstsein dafür schaffen und den Betroffenen schnell helfen. So können wir vielleicht verhindern, dass sich Menschen wie Robert Enke ihre Krankheit aus Angst vor dem Urteil der Mitmenschen geheim halten und letztlich daran zerbrechen.



Die Landtagsfraktion
CDU

Grundwasserverschmutzung: Landesregierung bleibt tatenlos

„In vielen Teilen NRW wird mehr Gülle auf den Feldern ausgebracht, als Pflanzen und Böden aufnehmen können. Diese Form der Landwirtschaft ist eine Gefahr für unsere wichtigste Lebensgrundlage: das Wasser. In zahlreichen Gebieten NRW sind die Böden bereits jetzt durch Überdüngung erheblich belastet und das Grundwasser ist gefährdet. Wesentliche Ursache hierfür ist die Intensivtierhaltung. Bereits jetzt wird in vielen Gemeinden Nordrhein-Westfalens der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser überschritten. Insgesamt sind rund 40 Prozent der Grundwas-



André Stinka (SPD)

serkörper betroffen, aus denen ohne entsprechende Aufbereitung keine Gewinnung von Trinkwasser mehr möglich ist.

Die Wasserversorger schlagen seit langem Alarm. Für diese wird es immer schwieriger und immer teurer, die geforderten Grenzwerte fürs Trinkwasser einzuhalten. Die Folge: steigende Trinkwasserkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Fest steht: Die Landesregierung und die zuständige Ministerin Schulze Föcking zeigen bislang kein Engagement, diese Entwicklung zu bremsen. Diese Politik führt aber zum Bruch mit dem in der Umweltpolitik dominierenden

Verursacherprinzip. Demnach müssen immer diejenigen die Kosten der Umweltbelastung und Umweltverschmutzung tragen, die sie auch verursacht haben.

Die SPD hat die Landesregierung aufgefordert, darzustellen, wie sie die hohe Nitratbelastung des Grundwassers verbessern will und welche Grundwasserkörper in absehbarer Zukunft besonders belastet sind und eventuell für die Trinkwassergewinnung nicht mehr genutzt werden können. Fakt ist: Die Mitte-Rechts-Regierung hat bisher keine Initiative gezeigt, um gegen die schleichende Grundwasserbelastung wirkungsvolle Maßnahmen einzuleiten. Die SPD hat hierzu Vorschläge entwickelt.“

NRW
DIE FRAKTION

SPD

FDP-Fraktion führt Dialog für mehr Start-ups in NRW

Start-ups sind Innovations-Fabriken. Damit auch in NRW Lösungen für neue und alte Probleme gefunden und hier Unternehmen angesiedelt werden, rückt die FDP-Landtagsfraktion die Gründerfinanzierung in den Fokus. Bei einem Werkstattgespräch haben Rainer Matheisen, Sprecher für Innovation & Gründer der FDP-Fraktion, sowie Marcel Hafke, stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Digitalisierung der FDP-Fraktion, mit rund

120 Teilnehmern im Landtag über Erfahrungen, Probleme und vor allem Lösungen bei der Finanzierung debattiert.

Als Referenten lieferten Silke Roggermann (Geschäftsführerin des Co-Working Spaces Super7000), Juliane Kronen (Gründerin der innatura GmbH) und Venture-Capital Experte Timon Gottschalk von der NRW.Bank Impulse aus der Praxis. Einig waren sich alle Experten, dass die Finanzierung eine der höchsten Hürden und Hemmnisse für Gründer ist. In der Diskussion wurde deutlich, dass für Gründer ihr Start-up eine Herzensangelegenheit ist.

Damit Mut, Tatendrang und Schaffenskraft nicht von unnötiger Bürokratie gehemmt werden, setzt sich die FDP-Landtagsfraktion NRW für eine neue Willkommenskultur für Gründer ein und hat dazu bereits eine Initiative in den

Landtag eingebracht. „Es geht beim Thema Gründung um Innovation und Wohlstand. Wir haben mit Andreas Pinkwart einen Minister, der sich das Thema Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben und dort bereits erste wichtige Akzente gesetzt hat“, erklärt Marcel Hafke. Gerade beim Thema Start-ups ist der direkte Dialog mit Gründerinnen und Gründern wichtig, um die passenden politischen Rahmenbedingungen im Land setzen zu können. Denn das Ziel ist für Rainer Matheisen klar: „Gründen in NRW zahlt sich aus! Deshalb wollen wir NRW zum Gründerland Nr.1 machen.“



Neues schwarz-gelbes Polizeigesetz: Viel Symbolpolitik und weniger Rechtsstaat

Verfassungswidrige Regelungen, keine Balance zwischen Sicherheitsinteressen und dem Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte und reichlich Symbolpolitik: Mit den vorgelegten Änderungen zum Polizeigesetz werden CDU und FDP zu Getriebenen ihrer im Wahlkampf geschürten Ängste.

So plant die Landesregierung u.a., dass Menschen statt bis zu zwölf Stunden bis zu sieben Tage festgehalten werden dürfen, nur um ihre Identität zu klären. Diese Änderung verstößt nach unserer Bewertung gegen das Grundgesetz. Denn wer sich nicht ausweist, begeht keine Straftat.

Der Staat wird selbst zum Hacker, wenn er demnächst Online-Kommunikation per Trojaner mitliest. IT-Sicherheitslücken sollen dafür bewusst offen gelassen werden. Da die technischen Voraussetzungen noch gar nicht vorliegen und zudem der Anwendungsbereich

rechtlich sehr eng ist, ist auch dies bloße Symbolpolitik.

Nur auf Basis von Prognosen sollen Gefährder zukünftig für bis zu einen Monat in Gewahrsam genommen werden können. Ein unverhältnismäßiger Grundrechtseingriff ist auch die Einführung eines Aufenthaltsgebots – insbesondere mit Kopplung an Meldeauflagen



Verena Schäffer bewertet das neue Polizeigesetz

oder das Tragen einer Fußfessel. Leider wissen wir, dass letztere keine Anschläge verhindern. Ein Mehr an Sicherheit schafft auch die Ausweitung der Videobeobachtung nicht. Denn Schwarz-Gelb nimmt damit eine Verdrängung der Kriminalität in Kauf.

Dass die FDP all das mitmacht und sich mit Beruhigungspillen wie der Umbenennung der Schleierfahndung in strategische Fahndung zufrieden gibt, ist ein politisches Armutszeugnis. Bürger- und Freiheitsrechte haben in dieser Partei keine politische Heimat mehr.



Empfang der Russlanddeutschen im Landtag

Dass Freitag der 13. durchaus ein positives Datum sein kann, bewies der Besuch unserer Russlanddeutschen: Mehr als 50 aus ehemals sowjetischen Staaten Immigrierte mit deutschen Wurzeln folgten der Fraktions-Einladung in den Landtag.

In Kooperation mit dem „Netzwerk der Russlanddeutschen für die AfD NRW“ hatte die

AfD-Landtagsfraktion zum abendlichen Empfang eingeladen. Auf dem Programm standen nach einer Führung durch das Landtagsgebäude ein Grußwort unseres stv. Fraktionsvorsitzenden Helmut Seifen und eine Ansprache seines Kollegen Roger Beckamp. Beide verwiesen auf die zahlreichen Übereinstimmungen zwischen Russlanddeutschen und der AfD, insbesondere im Hinblick auf kulturelle Errungenschaften und Wertvorstellungen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Überhaupt stand der politische Austausch im Vordergrund, es gab viele Fragen zur parlamentarischen Arbeit und den persönlichen Erfahrungen unserer Abgeordneten. Umgekehrt konnten auch wir aus den Erwartungen unserer Gäste an die Politik lernen und damit wichtige Anregungen für unsere Arbeit im Landtag einholen.



Alles in allem also ein für beide Seiten sehr lehrreicher Abend, den wir irgendwann gerne wiederholen wollen.



Gebaut für die

Prof. Fritz Eller und sein Architekturbüro haben das Landtagsgebäude geplant

Transparenz, Offenheit, gleiche Augenhöhe von allen Beteiligten – das Landtagsgebäude verkörpert viele grundsätzliche Gedanken der parlamentarischen Demokratie. Die damalige Vorgabe der Politik, einen kreisrunden Plenarsaal zu bauen, machte der Architekt Prof. Fritz Eller zum Gestaltungsmerkmal des Gebäudes. In unserer Serie zum 30-jährigen Bestehen des Landtags am Rhein erinnert sich der Architekt an die Anfänge.

Herr Prof. Eller, was ist Ihnen durch den Kopf gegangen, als Ihr Entwurf 1980 als Sieger aus dem Architektenwettbewerb des Landtags hervorgegangen ist?

Wir waren überglücklich, weil unser Entwurf ausgewählt wurde. Es gab, meine ich, 58 Entwürfe aus der ganzen Republik. Ich hatte niemals damit gerechnet. Es hat auch keinen Preis gegeben, die Jury wollte deutlich machen, dass dieser Entwurf mit großem Abstand zu den anderen Einreichungen zu sehen war. Im zweiten Augenblick ist mir bewusst geworden, dass sich mit diesem Sieg nun auch für uns alle Büro viel ändern wird.

Inwiefern hat die Stadt Düsseldorf vom Neubau des Landtags profitiert?

Düsseldorf konnte sich nun auch als Landeshauptstadt entwickeln. Der Landtag bzw. die Verwaltung waren vorher auf viele Gebäude und Viertel verteilt, mit dem neuen Landtagsgebäude wurden endlich alle in einem Gebäude vereinigt. Mit dem Landtag ist die Stadt Düsseldorf erweitert worden, nicht in einer städtischen Typologie, sondern mit der entsprechenden Würde. Düsseldorf ist damit großstädtischer geworden. Das alte Polizeipräsidium war als städtebaulicher Solitär vorher sozusagen die erlebbare Stadtgrenze im Süden von Düsseldorf. Denn da, wo heute die Handwerkskammer ist, war alles nur Feld. Der Landtag war damit auch der Auftakt für die Entwicklung des ganzen Medienhafens, aber auch der Stadt nach Süden.

Die Vorgabe des Landtags war damals, dass alle Abgeordneten und die Mitglieder der Regierung im Plenarsaal in einer „kreisrunden Anordnung“ sitzen sollten. Inwiefern haben Sie ausgehend von dieser Vorgabe die Architektur des Landtagsgebäudes entworfen?

Durch diese Forderung ist der ganze Entwurf entscheidend beeinflusst worden. Der Plenarsaal war der erste Kreis

und darum herum haben wir dann die anderen Kreise angeordnet. Wir waren die einzigen, die diese Kreisform weitergedacht haben und mit der Geometrie gespielt haben. Wir haben gesagt, wenn der Plenarsaal kreisrund sein soll, so dass jeder den gleichen Blick und die gleiche Position hat – nicht wie in einer Schulklasse – dann gilt das doch erst recht auch für die Fraktionssäle und alle Säle, in denen miteinander diskutiert wird. Und so haben wir alle diese Räume kreisrund entworfen – eine Frage der Sinnhaftigkeit.

Ihren Entwurf haben Sie einmal als „Spiel mit Kreisen“ beschrieben. Was ist die Idee dahinter?

Die wesentlichen Elemente dieses Gebäudes, Plenarsaal, Fraktionssäle, Ausschusssäle, waren alle rund, so dass ein Spiel mit Kreisen automatisch die Folge war. Dazwischen haben wir lediglich die Wandelhalle bzw. die Bürgerhalle als große Lobby zwischen den kreisförmigen Einzelräumen angeordnet. So haben die Rundsäle des Gebäudes zu einer formalen Ganzheit geführt. Und nur die Büros sind sozusagen in Rundschaalen angeordnet. Es war die folgerichtige Entwicklung aus den geforderten Bedingungen des Wettbewerbs. Die runden Säle

waren besonders für die Akustik eine enorme Herausforderung. Ein Kreis in seiner geometrischen Form ist ein Solitär. Wenn man Kreise einander gegenüberstellt, bleiben diese für sich erkennbar und die einzelnen Aufgaben der Räume bleiben so auch eigenständig in ihrer Funktion. Anders als wenn Räume seriell hintereinandergeschaltet wären. Jeder Raum hat nicht nur die kreisförmige Form, sondern auch seine eigene Identität. Und somit sind die wesentlichen Elemente in diesem Gebäude auch immer gleich erkennbar. Funktionalität klingt daher hier zu verkürzt. Über die rein funktionale Anordnung hinaus war es das Ziel unseres Entwurfskonzeptes, die Erlebbarkeit dieser Räume zu inszenieren. Und es sollte selbstverständlich sein, wie alle diese Räume in einem großen übergeordneten Ganzen zusammenwirken und den parlamentarischen Betrieb unterstützen. Die Kreisform, jeder Solitär, symbolisiert die einzelnen Fraktionen, jeder hat seine eigene Identität. Aber trotzdem gibt es eine gemeinsame Kraft, die alles zusammenhält. In der Demokratie ist das Spiel der parlamentarischen





30 Jahre Landtag
am Rhein

Demokratie

Abläufe komplex und das Gebäude soll daher jeden Tag diese Abläufe unterstützen.

Im Landtag wurde viel Glas verbaut – etwa an der Außenfassade, beim Besucheraufzug und auf der Tribüne im Plenarsaal. Was wollten Sie damit zum Ausdruck bringen?

Wir wollten natürlich, dass das Haus nicht schwer und geschlossen ist, wie es früher war, sondern transparent, offen und durchschaubar ist, so weit wie möglich. Das ging so weit, dass wir sogar einen Aufzug gebaut haben, der gläsern und transparent ist, so dass man beim Auf- und Abfahren in alle Etagen herein- und heraussehen kann. Und der Rest des Glases war ja auch erforderlich für die Belichtung. Wir wollten einen tagesbelichteten Plenarsaal haben und Räume, aus denen man nach außen blicken kann. Jeder Saal hat eine Außen-Verbindung. Nur ein einziger Saal hat diese nicht, das war der Besucherbegrüßungssaal, weil man den verdunkeln muss, um Bilder zu zeigen. Jetzt, nach dem Umbau zum multimedialen Besucherzentrum ist dieser Saal eine sehr gelungene Einrichtung für Besuchergruppen. Vor allem war das Glas aber auch dazu da, dass die Räume, in denen es um Diskussion, um Konsens und Abstimmung geht, nicht verschlossen sind. Die Wandelhalle oben ist zur Eingangsseite ganz offen, ganz gläsern und einladend. Allerdings auch darum, da nur der Plenarsaal klimatisiert werden sollte und nicht die Wandelhalle. Somit haben wir in die Wandelhalle sehr viele große Türenfenster eingebaut, so dass diese immer geöffnet werden können, falls es sehr warm ist. Dann ist die ganze Halle wie eine Terrasse.

Wenn Sie den nordrhein-westfälischen Landtag heute mit anderen Parlamentsgebäuden vergleichen, was fällt Ihnen auf?



**Architekt
Prof. Fritz Eller**

Prof. Fritz Eller, geboren 1927, hat mit seinem Architekturbüro mit Sitz in Düsseldorf mehr als 50 Projekte umgesetzt. Darunter sind das „Drei-Scheiben-Hochhaus“ in Düsseldorf, das 1960 fertiggestellt wurde und über viele Jahre Verwaltungssitz von Thyssen und ThyssenKrupp war, sowie weitere bekannte Gebäude: das Bayer-Hochhaus in Leverkusen, die Universität Duis-

burg und die Ruhr-Universität Bochum. Weitere Objekte sind das „Friedrich-Engelhorn-Hochhaus“ für die BASF in Ludwigshafen, das „Ludwigforum“ in Aachen und das Schokoladenmuseum Köln. Außerdem war Prof. Eller 30 Jahre lang Professor und Lehrstuhlinhaber an der RWTH Aachen und dort Direktor des Instituts für Schulbau.

Die meisten Landtagsgebäude sind Bestandsgebäude, die also nicht für den Zweck als Parlament geplant waren. Und dort, wo Umbaumaßnahmen stattgefunden haben – mit wenigen Ausnahmen –, ist oft die Saalform wenig hilfreich und in vielen Bereichen haben diese keine Tagesbelichtung und auch keine Sichtverbindung nach außen.

Was ist Ihr Lieblingsplatz im Landtag und warum?

Die Tribüne im Plenarsaal, weil man dort das Geschehen richtig mitkriegen kann. Im Plenarsaal sitzen alle Abgeordneten,

da wird gesprochen und diskutiert. Das ist der wesentlichste Raum. Neben der Bürgerhalle ist das der Raum, wo der Bürger nicht nur das Gebäude besichtigen kann, sondern das Geschehen wirklich hautnah erlebt. Der Augenblick der Wahrheit.

Die Fragen stellten Thomas Becker und Dr. Stephan Malessa.



Föderalismus im Fokus

Erstes „Parlamentsgespräch“ im Landtag

24. April 2018 – Experten haben auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, zum Auftakt der Veranstaltungsreihe „Parlamentsgespräch“ über das Thema „Zukunft des Föderalismus“ in Deutschland debattiert. Die Bundesländer sollten selbstbewusster auftreten und leidenschaftlich für die Vorteile des Föderalismus streiten – so die einhellige Meinung der Diskutanten.

„Der Föderalismus steht für Bürgernähe, demokratische Balance in der Parteidemokratie und das Wettbewerbselement von politischen Lösungen.“ Mit diesen Worten wandte sich der Präsident beim ersten „Parlamentsgespräch“ an die Gäste im Landtag. Dank des Föderalismus seien Deutschland und die Gesellschaft stark geworden. „Der Föderalismus – also die auf gemeinsames Handeln ausgerichtete Balance zwischen den Ländern und der Zentralgewalt – ist das wesentliche Element der deutschen Verfassungsgeschichte.“ Im Wettbewerb der Länder seien wichtige Impulse entstanden; der Föderalismus habe eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie.

Aktuell sei es allerdings nicht allzu gut bestellt um den Föderalismus in Deutschland, sagte Kuper. „Eventuell muss man erkennen, dass der Föderalismus nicht mehr en vogue ist.“ Kritisch zu bewerten sei beispielsweise der Trend, dass Aufgaben der Länder „in Richtung Zentralstaat“ verlagert worden seien. „Daher müssen wir uns fragen, wie es gelingen kann, die Idee des Föderalismus in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger und der Politik zu verankern.“

Der Journalist und Jurist Prof. Dr. Heribert Prantl kritisierte in seinem Impulsvortrag, dass die Landesparlamente in Deutschland an Kompetenzen verloren hätten. „Den Landtagen ist der Nerv schon längst gezogen“, sagte Prantl, Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen

Zeitung“. Den Ländern mangle es vor allem an Steuer- und Gesetzgebungskompetenzen, die sie dem Bund im Zuge von Föderalismusreformen überlassen hätten. Die einzige Steuer, deren Höhe die Landtage festlegen könnten, sei die Grunderwerbssteuer. Mangelnde Finanzautonomie führe zur „Austrocknung und Aushöhlung der Parlamente“. Letztlich stünden die Landesparlamente „im Schatten von Landesregierungen, deren Spitzen sich für den Machtverlust im Land durch das Mitregieren im Bund entschädigen“. Der parlamentarische Föderalismus sei daher „massiv gefährdet“.

„Wichtige Kontrollfunktion“

Bei der Podiumsdiskussion wies Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, darauf hin, dass Landesparlamente eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber Regierungen wahrnehmen und dies ein urdemokratisches Prinzip der Gewaltenteilung sei. Zur Aufgabe von Landtagsabgeordneten gehöre nicht nur die Arbeit im Parlament. Sie müssten sich auch Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie deren Unmut stellen, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Abgeordnete müssten erklären, warum Politik „bei uns manchmal so kompliziert ist“, bedingt durch unterschiedliche Ebenen von EU, Bund und Ländern. Während die Länder zahlreiche

Kompetenzen verloren hätten, sei die gesellschaftliche Debatte darüber ausgeblieben. „Niemand regt sich darüber auf“, stellte Münch fest.

Bisweilen habe er den Eindruck, die politischen Parteien wollten „aus der Bundesrepublik eine Zentralrepublik machen“, warnte Prof. Dr. Roland Sturm von der Universität Erlangen. Ergebnisse von Umfragen unter Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zeigten zudem: „Wir haben in Deutschland keine Föderalisten mehr.“ Zwar werde die Existenz von Landesparlamenten befürwortet, kaum jemand wolle ihnen aber wichtige Kompetenzen einräumen. In Zukunft müsse den Ländern jedoch wieder mehr Finanzautonomie zugestanden werden. Zudem sollten sie stärker ihre „Kommunikationsfunktion“ politisch relevanter Themen wahrnehmen, „selbst wenn sie nicht darüber entscheiden können“. In einigen Sektoren konnten die Länder wiederum Schwerpunkte setzen, das habe sich u. a. bei der Industrie- und Standortpolitik seit den 1980er-Jahren gezeigt, sagte der Politologe: „Die Länder können viel bewegen.“

Auch laut Prof. Dr. Klaus F. Gärditz von der Universität Bonn verfügen die Landtage nach wie vor über „wertvolle Hausgüter“: Der sogenannte Exekutivföderalismus in Deutschland lebe beispielsweise davon, „dass Bundesrecht in erster Linie von den Ländern vollzogen wird“. Zudem bestimmten die Länder die Richtung in der Bildungspolitik sowie im Kommunal-, Organisations- und Verfahrensrecht. Landesparlamente sollten ihre ureigenen Kompetenzen „besser vermarkten“, sagte Jurist Gärditz. Die eigene Rolle dagegen auf ein „Informationsvermittlungsbüro“ zu reduzieren, sei gefährlich, da dies zu Legitimationsproblemen führe. tob

Der Präsident des Landtags, André Kuper, (3.v.l.) mit Teilnehmenden des Parlamentsgesprächs: Prof. Dr. Roland Sturm, Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Klaus F. Gärditz und Prof. Dr. Heribert Prantl (v.l.). Journalistin Anne Gesthuysen (2.v.r.) hat das Gespräch moderiert. Foto: Schälte



Parlamentsgespräch

Beim neuen Debattenformat „Parlamentsgespräch“ sollen laut Landtagspräsident André Kuper gesellschaftlich relevante Themen diskutiert werden, die „nicht im Fokus der aktuellen politischen Auseinandersetzung stehen, die aber eminent wichtig für unsere Zukunft und die Zukunft unseres Zusammenlebens sind“. Das nächste Parlamentsgespräch findet am Dienstag, 12. Juni 2018, im Landtag statt. Das Thema lautet „Zwischen Fake-News und Hate-Speech – Verantwortung der (sozialen) Medien für die Demokratie?“. Es diskutieren u. a. die Journalisten Dunja Hayali und Ulrich Wickert.

Präsident ehrt Ehrenamtliche

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 10. April 2018 rund 60 ehrenamtliche Spendensammlerinnen und -sammler des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge empfangen. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Volksbunds, Thomas Kutschaty, und Vizepräsidentin Carina Gödecke übergab der Präsident den Ehrenamtlichen Urkunden und dankte ihnen für ihr Engagement.

Der Präsident sagte, dass die Arbeit des Volksbunds und der zahlreichen Sammlerinnen und Sammler die Hoffnung auf ein Ende von Krieg und Gewalt vermitteln. Dabei würden die Friedhöfe zu einem Ort der Begegnung, vor allem für junge Menschen. Das Gedenken sei Ausdruck eines aktiven Willens, Diktaturen, Totalitarismus, Krieg und Völkermord nie wieder zuzulassen. Diese Friedensarbeit sei in der heutigen Zeit unverzichtbar. Er dankte den Sammlerinnen und Sammlern für ihr Engagement, das diese wichtige Arbeit ermögliche.

Soldatinnen und Soldaten, Reservistinnen und Reservisten sowie Vereine und Verbände hatten 2017 rund 571.000 Euro gesammelt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist ein Verein, der im Auftrag der Bundesregierung die Gräber gefallener Soldaten im Ausland erfasst und erhält. Auch heute noch werden pro Jahr rund 25.000 Tote aus den beiden Weltkriegen geborgen, identifiziert und begraben. Der vor 99 Jahren gegründete Verein erinnert so an die Folgen von Krieg und Gewalt und setzt sich für den Frieden ein.

Broschüren des Landtags

Möchten Sie mehr über die Aufgaben des Landtags und die Arbeit der 199 Abgeordneten, über das Landtagsgebäude am Rhein und die Geschichte des Parlaments wissen? Planen Sie vielleicht einen Besuch in „Ihrem“ Landtag und möchten sich vorab über Besucherprogramme und -angebote wie das „Haus der Parlamentsgeschichte“ informieren? Dies und viel mehr bieten die Broschüren „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger“ und „Das Landesparlament stellt sich vor“, die nun für die 17. Wahlperiode aktualisiert wurden und ab sofort erhältlich sind. Bestellungen bitte an den Landtag NRW, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, per E-Mail an: email@landtag.nrw.de sowie im Internet unter www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Publikationen).

Porträt: Monika Düker (Grüne)

Der Weg in die Politik begann für Monika Düker, heute gemeinsam mit Arndt Klocke Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Landtag, mit Protest und Widerstand. Es könne doch nicht sein, dass Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben und in die Obdachlosigkeit geschickt werden, weil ein Spekulant die schnelle Mark machen wollen, sagt sie. Düker war damals Sozialpädagogin in einem Jugendzentrum der Arbeiterwohlfahrt in Düsseldorf.

In jener Zeit hätten „Immobilienhaie“ in dem sozialen Brennpunktgebiet die Menschen, darunter viele Türken und Roma, vor die Tür setzen wollen, um dort Luxussanierung in großem Stil zu betreiben. Als einzige politische Partei hätten sich die Grünen um die Not der Mieter gekümmert. Die Grünen fragten die junge Sozialpädagogin, die erst kurz zuvor aus dem ostwestfälischen Höxter an den Rhein gezogen war, ob sie nicht Lust habe, bei den Kommunalwahlen für sie zu kandidieren. Monika Düker, obwohl damals noch kein Parteimitglied, hatte Lust, wurde gewählt und gehörte von 1989 an dem Rat der Landeshauptstadt an. Nicht aus Dankbarkeit, sondern aus Überzeugung trat sie dann der Partei bei, die sie schon immer aus Gründen der Ökologie gewählt hatte.

Wechsel in die Landespolitik

Nach zehnjähriger Arbeit in der Kommunalpolitik wurde Monika Düker vor knapp 20 Jahren zum ersten Mal in den Landtag gewählt. Auch nach dem Wechsel in die Landespolitik blieb sie den sozialpolitischen Fragen, für sie eine Herzensangelegenheit, immer treu, u. a. als flüchtlingspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Der Wechsel in die Opposition nach der Landtagswahl vor einem Jahr, bei der die Grünen-Fraktion auf 14 Mitglieder schrumpfte, ist der Abgeordneten nicht leichtgefallen. „Regieren ist schöner“, sagt sie und das konnten die Grünen zuvor fast zwei Jahrzehnte lang, mit fünfjähriger Unterbrechung. Aber der Wechsel in die Opposition sei in einer Demokratie normal und dürfe nicht völlig frustrieren. Die Arbeit habe sich gegenüber den früheren Legislaturperioden allerdings erheblich verändert. Jeder Abgeordnete müsse jetzt deutlich mehr Themen und eine größere Region abdecken. Sie selbst, die bislang vor allem für Fragen der Innen- und Rechtspolitik zuständig war, kümmert sich mittlerweile u. a. auch um die Haushalts- und Finanzpolitik. Als Abgeordnete betreut sie neben ihrem Wohnort Düsseldorf zusätzlich das Bergische Land und reist zudem oft in ihre ostwestfälische Heimat.

In der Opposition im Landtag gibt es keine Koalition mehr mit dem langjährigen Regie-



rungspartner SPD. Im Gegenteil, beim grünen Kernthema Energie- und Klimapolitik seien die erheblichen Unterschiede zu den Sozialdemokraten sehr viel deutlicher geworden, sagt Monika Düker. Auf diesem Feld sieht sie auch die größten Differenzen mit der neuen Regierung von CDU und FDP. Das Festhalten an der Braunkohleverstromung, Hürden für die Windkraft, fehlende Konzepte in der Diesel-Debatte und die konventionelle Landwirtschaftspolitik sind in ihren Augen schwere Fehler. Dabei wollen die Grünen nicht von vornherein zu allem Nein sagen, was von der Regierung kommt: „Wir sind eine konstruktive und kritische Opposition.“ Als Beispiel für Übereinstimmung im Grundsatz nennt sie den Beschluss, in der Schulpolitik wieder zum Abitur nach neun Jahren zurückzukehren.

Um fit zu bleiben, geht Monika Düker regelmäßig schwimmen und zwar möglichst lange Strecken. Ihr größtes Interesse gilt neben der Politik alter Geschichte. Als Schülerin hat sie davon geträumt, Archäologin zu werden, und noch heute findet sie die Welt der alten Ägypter und Römer hoch spannend. Für die Zukunft hat sie zwei Wunschträume: Politisch möchte sie erleben, dass das letzte Braunkohlekraftwerk in NRW sehr bald vom Netz geht, und privat will sie noch einige Nationalparks im südlichen Afrika besuchen.

Peter Jansen

Zur Person

Monika Düker (55) ist seit 2000 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und seit 1989 Mitglied der Grünen. Von 2010 bis 2012 war sie Vorsitzende im Innenausschuss, von 2010 bis 2014 neben der Abgeordnetentätigkeit zusammen mit Sven Lehmann Vorsitzende der NRW-Grünen. Monika Düker lebt in Düsseldorf.

Kurz notiert

Ungarischer Botschafter

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 18. April 2018 den Botschafter Ungarns, Dr. Péter Györkös, im Landesparlament empfangen. Der Diplomat wurde vom ungarischen Generalkonsul in Düsseldorf, Balázs Szegner, begleitet und trug sich in das Gästebuch des Parlaments ein. In einem Gespräch ging es u. a. um die Arbeit der Parlamentariergruppe „Polen, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ des Landtags, deren Vorsitzender der Präsident ist. Der Präsident sagte: „Die Beziehungen zwischen Ungarn und Nordrhein-Westfalen sind lebendig, sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch auf kommunaler Ebene, z. B. in den Städtepartnerschaften. Ich freue mich, dass wir die Kontakte weiter intensivieren können.“ Bilder vom Empfang sehen Sie unter www.landtag.nrw.de.

Fraktionsvorstand

Die SPD-Fraktion hat in ihrer Sitzung am 24. April 2018 einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Als neuer Fraktionsvorsitzender setzte sich Thomas Kutschaty gegen seinen Mitbewerber Marc Herter durch. Er folgt auf Norbert Römer, der nicht mehr kandidiert hatte. Zur neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin wurde Sarah Philipp gewählt.

Bürgersprechstunde

Der Petitionsausschuss des Landtags lädt für Montag, 28. Mai 2018, 14 bis 18 Uhr, zu einer Bürgersprechstunde in das Rathaus Rheda-Wiedenbrück ein, Rathausplatz 13, 33378 Rheda-Wiedenbrück. Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, bittet der Ausschuss um vorherige telefonische Anmeldung unter Telefon 0211/884-2757 oder -2506. Der Petitionsausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Kommunal- oder Landesbehörde falsch behandelt fühlen. Weitere Informationen zum Petitionsverfahren finden Interessierte unter www.landtag.nrw.de.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint nach dem Mai-Plenum in der Pfingstwoche.

Eine Edelkastanie für den Landtag



Sie pflanzten die Edelkastanie (v.r.): der Präsident des Landtags, André Kuper, die Vizepräsidentin der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Marie-Luise Fasse, Ministerpräsident Armin Laschet und der Präsident der Schutzgemeinschaft, Dr. Wolfgang von Geldern. Foto: Schälte

Am 25. April 2018, dem internationalen Tag des Baums, hat der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet und Vertretern der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald am Parlamentsgebäude in Düsseldorf eine Edelkastanie gepflanzt. Diese ist der Baum des Jahres 2018. Mit den Pflanzungen möchte die Schutzgemeinschaft auf die Bedeutung des Waldes hinweisen. Der Präsident bedankte sich bei der Schutzgemeinschaft. Er betonte: „Der Landtag unterstützt sie in ihrem Engagement.“